

DIE ZEIT 19.3.2008 - 12:38 [<http://www.zeit.de/online/2008/12/bildung-schwarz-gruen>]

Schulpolitik

Hamburger Bildungsfriede

In Hamburg verhandeln CDU und Grüne über eine Koalition. Findet ausgerechnet Schwarz-Grün Wege aus den Grabenkämpfen des mehr als 30-jährigen deutschen Schulkriegs?

Von Reinhard Kahl

CDU und Grüne, in Hamburg heißen sie Grün-Alternative Liste (GAL), wollen erst ganz am Ende ihrer Koalitionsverhandlungen, am 31. März, über das wichtigste und vielleicht schwierigste Thema reden: Schule. Doch ein Gerüst für Umbauten im Schulsystem wurde bereits bei der ersten Sondierung aufgestellt. Wichtigster Punkt: Die Kinder sollen nicht mehr am Ende der vierten Klasse in Hauptschüler, Realschüler oder Gymnasiasten eingeteilt werden. Sie sollen bis zum Ende des sechsten Schuljahrs zusammen unterrichtet werden. Außerdem wird ein kostenloses und verpflichtendes Vorschuljahr, gewissermaßen eine Klasse null, eingeführt, um mit der Förderung aller Kinder früher zu beginnen.

Konsens gibt es grundsätzlich sogar über die Notwendigkeit eines Kulturwandels. Von Anfang an sollen die Schulen mehr Aufmerksamkeit für jedes einzelne Kind aufbringen. Revolutionär für Deutschland wäre es, wenn, wie geplant, jede Schule für den Bildungsweg ihrer Schüler verantwortlich würde. Sich schwieriger Schüler durch „Querversetzen“ zu entledigen, zum Beispiel vom Gymnasium zur Realschule, wäre dann keine Option mehr. Auch das Abschaffen des Sitzenbleibens steht auf der Agenda. Ohne solche Aussichten hätte die GAL Koalitionsgespräche gar nicht erst aufgenommen. Dass die Hauptschulen auslaufen und das dreigliedrige Schulsystem in Hamburg in die beiden Säulen Gymnasium und Stadtteilschule umgewandelt werden soll, hat die CDU ohnehin schon beschlossen. Die GAL will eine Gemeinschaftsschule bis zum 9. Schuljahr, aber sie weiß, dass dieses große Unterfangen Zeit braucht.

Kaum ist dieser Horizont geöffnet, da verdunkelt er sich schon wieder. Ein Aufschrei kommt aus den Schulen: Wohin denn mit den Kindern der dann siebenjährigen Grundschule? Schon die Gebäudegrößen machten einen ersten Strich durch die Rechnung. Mit der Vorschule und den Klassen 5 und 6 würde die Grundschule ja nahezu verdoppelt, und dafür reiche nirgendwo der Platz. Die Vorschule für jedes Kind macht Kindergärten Angst. Werden sie zugunsten der Schule um eine Jahr reduziert? Wird die Kindheit verschult?

Es wäre ja nicht das erste Mal, dass sich hohe Pläne vor einer Wirklichkeit blamieren, die immer facettenreicher und unberechenbarer ist, als es sich die Steuerleute oben auf der Brücke vorstellen können. „Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.“ Am Ende behält Wilhelm Busch recht, es sei denn, Politikern gelingt es endlich, nicht mehr wie eine allwissende Zentrale die widerspenstige Realität zu traktieren und stattdessen deren Komplexität in ihre Strategie einzubauen. Das könnte die Herausforderung für Schwarz-Grün sein, und in

keinem Bereich wäre diese Revision der politischen Grammatik so nötig und auch so greifbar wie in der Bildung.

In Hamburg bekommt dieses Umsteuern jetzt eine Chance. Christa Goetsch, die Spitzenkandidatin der GAL und im Fall einer schwarz-grünen Koalition in Hamburg künftige Schulsenatorin und zweite Bürgermeisterin, hat diese Aufgabe offenbar verstanden. Schon in der ersten Konsultation mit der CDU versteifte sie sich nicht, wie in der Presse kolportiert, auf eine sechs- bzw. siebenjährige Grundschule. Ihr nicht verhandelbares Credo lautet, die Kinder nicht mehr so früh auf starre Lebensgleise zu stellen. Die Koalitionsbedingung der Grünen, die gemeinsame Lernzeit wenigstens bis ans Ende des sechsten Schuljahrs auszudehnen, so Goetsch, könne auf verschiedenen Wegen verwirklicht werden. Warum sollten Grundschulklassen nicht schon früher in Schulen wechseln, die bisher noch Gesamtschule, Gymnasium, Haupt- oder Realschule heißen, wenn die Kinder weiter zusammenbleiben? Schulen, die bereits kooperieren, könnten „Tandemschulen“ bilden und langsam zu Schulnetzen zusammenwachsen. Andere würden mit den neuen politischen Vorgaben zu kooperieren beginnen.

Goetsch und ihre grünen Mitstreiter, die der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Freitag „klug, pffiffig und voll inhaltlicher Leidenschaft“ nennt, suchen neue Handlungsfelder für die Schulentwicklung, zum Beispiel Schulkonferenzen in den Stadtteilen. Bisher ist es ja eher der Normalfall, dass benachbarte Schulen nicht miteinander reden. Ein Gymnasiallehrer weiß von den Grundschullehrern, die seine Fünftklässler bisher unterrichten, gewöhnlich nichts. Welcher Oberstudiendirektor trinkt mit dem Hauptschulrektor, bei dem viele seiner „Rückläufer“ Jahr für Jahr landen, mal einen Tee oder Kaffee? Gegen den Plan, solche Vernetzungen zur Dienstpflicht der pädagogischen Beamten zu erklären, wird die CDU nichts einzuwenden haben. Wie dafür Anreize und ein einladendes Klima geschaffen werden, müssen alle Politiker allerdings erst noch lernen.

Mit Schulkonferenzen in den Stadtteilen, mit Tandemschulen und einem tragfähigen Netzwerk könnte sich diese Koalition dem grünen Ziel einer Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild vielleicht schneller nähern, als es mit einer rot-grünen Koalition, die „Eine Schule für alle“ proklamiert hätte, möglich gewesen wäre. Hätten sich die verwandten Roten und Grünen nicht schon bald im Bruderstreit verzankt? Und keine Panne wäre vor den Schlagzeilen im *Hamburger Abendblatt* sicher, dieser heimlichen Appellationsinstanz aller Politik in Hamburg. Risikobereitschaft und Fehlertoleranz, unverzichtbare Begleiter von Veränderungen, würden unter dem zu erwartenden Trommelfeuer auf die „rot-grüne Einheitsschule“ nachlassen. Gelingt es hingegen Schwarz-Grün, die Entscheidungsmöglichkeiten von Lehrern, Eltern und auch von Schülern zu erweitern und neue Leidenschaft für die Schule zu entfachen, könnten sie dann nicht zusammen mit engagierten Handwerkern, Unternehmern und Künstlern bald damit anfangen, aus Schulen irdische Kathedralen ihres Stadtteils zu machen? So wäre aus Schwierigkeiten etwas Unerwartetes, ganz Neues entstanden. Wilhelms Buschs Maxime wäre dann nicht nur eine Drohung, sondern auch ein Versprechen.

Ein Vierteljahrhundert nach Häuserkampf, Auseinandersetzungen vor Atomkraftwerken und „Keine Macht für niemand“-Parolen entdecken Schwarze und Grüne manche Verwandtschaft. Der Anspruch der Grünen, die sogenannte Basis stärker einzubinden, und die Vorliebe der CDU für das „Subsidiäre“, also alles, was von Bürgern selbst gemacht werden kann, nicht dem Staat zu übertragen, ist ein Schnittpunkt. Aber gelingt es ihnen daraus handlungsfähige Politik zu machen?

Christa Goetsch hat das Zeug dazu, die Seele einer Schulreform von unten, die von oben gestützt wird, zu werden. Wer ist diese Frau? Fast 20 Jahre war sie Lehrerin an der Theodor Haubach Schule, einer über Hamburg hinaus bekannten Haupt- und Realschule. Dort wird nicht lange in der Behörde nachgefragt, wenn es darum geht, Ideen in Taten umzusetzen. Goetsch gehört zu jenen grünen Realpolitikern, die einerseits wissen, dass die Gesellschaft mehr und mehr auf die Selbstregulierung von Menschen angewiesen sein wird, die nicht an Marionettenfäden hängen wollen, die aber andererseits gelernt haben, dass es ohne die Struktur und Verlässlichkeit von Institutionen nicht geht.

Für die Erneuerung des Bildungssystems sind Goetsch die skandinavischen Länder ein Vorbild. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten wurden dort die Entscheidungen von der nationalstaatlichen Zentrale weitgehend an die Schulen und Kommunen gegeben. Aufgabe des Zentralstaates wurde es, für Ressourcen, Evaluationen und Beratung zu sorgen. In Finnland wurde die zentralstaatliche Schulaufsicht völlig abgeschafft. Das Ministerium und das Zentralamt für das Unterrichtswesen in Helsinki sehen seitdem ihre Aufgabe darin, das Bildungswesen zu einem lernenden System umzubauen.

Vielleicht ist die spezifische Mischung aus Verwandtschaft und Fremdheit zwischen Grünen und Schwarzen ihre besondere Chance. Wenn sich zeigt, dass die Schulen besser werden, wird niemand mehr hinter diesen Stand zurückwollen.

Wenn Schulen mehr Freiheit bekommen, könnten sie auch anders zur Verantwortung gezogen werden als im bisherigen Zentralismus, in dem ja die Verantwortung für alles und jedes nach oben delegiert wird. Waren die Pisaergebnisse schlecht, meinte man häufig in den Kollegien, diese Quittung erhalte die Behörde ganz zu Recht, als ginge es den Lehrern nicht um ihre eigenen Schüler. Ihrem eigenen Unterricht haben Lehrer die Misere, wie Befragungen zeigen, zuletzt zugeschrieben. Schulen, die mehr Verantwortung übernehmen, müssten die Frage, was aus ihren Schülern geworden ist, beantworten können. Oder was wissen die Jugendlichen von all dem Gelernten noch zwei Jahre nach ihrem Abschluss? Sind sie aktiv und lebenshungrig geworden oder haben sie in neun oder 13 Jahren gelernt, sich als Untermieter im System irgendwie durchzulavieren?

Der Streit um das Gymnasium, bisher eine Sollbruchstelle bei Verständigungsversuchen zwischen Schwarzen und Grünen, könnte endlich entschärft werden, wenn auf den Alltag geblickt würde, statt ideologische Debatten zu führen. Das Gymnasium ist in den bürgerlichen Wohnquartieren faktisch die real existierende Gesamtschule geworden, die Schule der Mehrheit. Haupt- und Realschulen führen dann mehr und mehr ins Abseits. Die Verelendung am breiter werdenden Rand der Gesellschaft wird bald eines der wichtigsten Themen sein. Mit dem Vokabular eines „begabungsgerechten“ Schulsystems sind solche Prozesse nicht mehr zu fassen. Auch der Irrglaube in mancher Gesamtschule, dass Kinder eigentlich zu schützende Opfer einer durch und durch falschen Gesellschaft seien, kann jetzt endlich gemeinsam mit anderer Folklore des mehr als 30-jährigen deutschen Bildungskriegs aufgegeben werden.

Kann dieses Aufräumen und die Heilung deutscher Wunden Schwarz-Grün gelingen? Ein Blick nach Frankfurt am Main zeigt, dass dieses Vorhaben glücken kann. Seit Mai 2006 regiert Schwarz-Grün im Römer, dem Frankfurter Rathaus. Neben Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) ist Jutta Ebeling von den Grünen die zweite Bürgermeisterin, unter anderem für die Schulen zuständig. Die 68erin kommt aus der Frankfurter Studentenrevolte, war zwölf Jahre Lehrerin und schwärmt heute von der

neuen Liaison. „Das hat die CDU erheblich zivilisiert.“ Nur die CDU? „Nein, die Grünen auch. Wir sind aus unseren Gräben herausgekommen.“ Sie hatte nicht geglaubt, dass die ursprüngliche Notkoalition im Römer zwei Jahre halten würde und dass sie mit der CDU zum Beispiel Pläne für vier neue Gesamtschulen auf den Weg hätte bringen können - bisher allerdings gegen den Widerstand des CDU-geführten Wiesbadener Kultusministeriums. Petra Roth und Jutta Ebeling duzen sich neuerdings und laden sich gegenseitig nach Hause zum Essen ein. „Es ist richtig nett geworden“, sagt die Grüne.

Dass sich Schwarz-Grün in Hamburg in Nettigkeiten erschöpfen könnte, ist nicht zu befürchten. Dort wird nicht nur Kommunalpolitik gemacht. In der Bürgerschaft, dem Landesparlament, werden Gesetze verabschiedet. Hamburg hat wie alle Bundesländer die Bildungshoheit. In der Hansestadt könnte ein erweiterter, zivilgesellschaftlicher Politikraum entstehen, in dem gerade Probleme, die nicht lösbar scheinen, als Treibsatz genutzt werden. „Problems are our friends“, sagt Michael Fullan, Erziehungswissenschaftler und Innovationstheoretiker aus Toronto. Wenn das ein Motto für Schwarz-Grün würde, könnte es richtig spannend werden.

Zum Thema

ZEIT online /2008: Wurzeln und Flügel

Die Bildungs-Kolumne von Reinhard Kahl

[<http://www.zeit.de/themen/wissen/bildung/wurzelnundfluegel>]

ZEIT online /2008: Schule

Was muss sich ändern an deutschen Schulen? Welche Schule bietet meinem Kind am meisten? Ein Schwerpunkt zu Schulkonzepten, Pisa-Studien, Grund- und Privatschulen

[<http://www.zeit.de/themen/wissen/bildung/schule/index>]

ZEIT online